

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 22

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis monatlich 10 Pf. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 1. Juni 1924

Verlagsstelle: Berlin G. 2, Breitenf. 89 IV.
Fernruf: Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber

ist absolut klar und eindeutig: Schärfter Druck auf den Lohn der Arbeiter zum Zwecke der Sicherung des eigenen Profits. Die Unternehmer erklären, daß die deutsche Produktion außerordentlich vorbelastet sei. Im Inland durch Abgaben, Steuern, soziale Lasten und sonstige Verpflichtungen usw., im Ausland durch Einfuhrerschwerungen mancherlei Art. Diese Belastung war in der Inflationsperiode weniger bedrohlich, weil sie durch die steigende Geldbewertung ausgeglichen wurde. Die Marktstabilisierung bewirke, daß sich die Ueberbelastung voll bemerkbar mache und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Auslandsmarkt schwäche. Die sinkende Ausfuhr bedrohe aber unsere Währung, weil die sich aus der notwendigen Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, sowie aus den Reparationskosten ergebende Zahlungsverpflichtung nicht durch entsprechend starken Wareneport gedeckt werde. Die Unternehmer fordern daher Senkung der Produktionskosten. Mittel hierzu sollen sein: Möglichst geringer Lohn, vermehrte Arbeitsleistung durch Verlängerung der Arbeitszeit und Verminderung der sozialen Lasten durch Abbau der Sozialpolitik.

Die Angriffe der Unternehmer richten sich besonders gegen den von den Gewerkschaften geforderten Anstieg der Löhne an die Preise. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in einem Rundschreiben an ihre einzelnen Verbände diese dringend aufgefordert, keine Lohnerhöhungen zu gewähren und sich den Forderungen der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit entgegenzustellen. Die Reichsregierung wurde aufgefordert, im gleichen Sinne tätig zu sein. Vom Reichsarbeitsminister und den behördlichen Schlichtern soll verlangt werden, daß auch sie ihren amtlichen Einfluß geltend machen, um Vohnerhöhungen zu hintertreiben. Begründet wird das Festhalten an niedrigen Löhnen mit der der Rentenmark drohenden Inflationsgefahr. Die Erhöhung des Lohnes um auch nur einen Pfennig für die Stunde bringe für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 500 Millionen Goldmark im Jahre.

Die Unternehmer begnügen sich nicht damit, irgendwelche Forderungen aufzustellen, sie sind im höchsten Grade auch aktiv für deren Durchsetzung tätig. Dabei verfahren sie in der von ihnen satzungsbekannt struppellosesten Manier. Hierfür liefert das Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, andauernd die schönsten Beispiele. Erst in ihrer letzten Nummer wieder gibt sie Kenntnis von einer solchen Aktion, die zwar jedem gebunden menschlichen Empfinden glatt ins Gesicht schlägt, aber doch ganz in der Richtung der Unternehmerziele liegt. Der Schlichtungsausschuß in Potsdam hatte einen Spruch gefällt, der der beteiligten Arbeiterschaft eine Lohnzulage von 25 Proz. brachte. Dieser Spruch verurteilte dem Brandenburger Fabrikantenverein, dem alle Industrien des ganzen Bezirks angeschlossen sind, derart Bauchgrinnen, daß er sich mit einem geharnischten Protest gegen dieses „Dekret“ wandte und dem Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzministerium, sowie dem Ministerium des Innern eine Denkschrift gegen diese Spruchpraxis des Schlichtungsausschusses einreichte. Dabei aber wird schamhaft die Lohnhöhe verschwiegen, die infolge der Entscheidung des Schlichtungs-

ausschusses erreicht wurde. Das spielt für die Unternehmer auch keine Rolle, obwohl genugsam bekannt ist, daß die Entlohnung in ganz „Rund um Berlin“ auf einem kaum zu unterbietenden Tiefstand steht. Ihnen genügt die Tatsache, daß die Indexziffer nur um 3 Proz. gestiegen ist, während der Einschnitt des Schlichtungsausschusses auf 25 Proz. Lohnsteigerung lautete. Bei der Umstellung der Papierlöhne in Goldlöhne ist die Arbeiterschaft völlig unter den Schlitzen gekommen und der dadurch erreichte Elendszustand soll nach dem Willen der Unternehmer verewigt werden. In gleicher Weise mitzuwirken an der Gefundung unserer Wirtschaft durch Herabsetzung ihrer eigenen Profitrate, das weisen sie weit von sich. Wenn aber der Arbeiter seine Forderungen stellt — und seien sie auch der allertschiedensten Art —, dann schreiben sie in ihrer Gesamtheit über den Ruin unserer Wirtschaft und die Gefährdung unserer Währung.

Gegen diese falschen lohn- und währungspolitischen Anschauungen, die die Belastung der deutschen Wirtschaft reiflos und auf alle Zeiten der Arbeitnehmern aufbürden und diese zum ewigen Hungern verurteilen will, hat sich die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit zu wenden. Von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ist das vor kurzem in einer Denkschrift an den Reichskanzler geschehen. Unsere Gewerkschaften protestieren mit allem Nachdruck gegen die einseitige Auffassung, daß von der Lohnseite her der deutschen Wirtschaft ernste Gefahren drohen und daß deshalb Lohnanteil und Lebenshaltung des deutschen Arbeiters auf das äußerste eingeschränkt bleiben müsse. Der deutsche Arbeitnehmer leidet seit Jahren unter der von den Unternehmern vertretenen Auffassung, daß die Exporterschwerung durch Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ausgeglichen werden muß. Diese Auffassung führt zu einer unenträglichem Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Schichten und hat den deutschen Innenmarkt zerstört. Die in Deutschland herrschende Tendenz, durch Herabdrücken der Löhne die Produktionskosten zu senken, hat zu technischen und betriebsorganisatorischen Unterlassungen geführt, die die deutschen Wirtschaftsgrundlagen dauernd schädigen. Heute führt sie außerdem zu einer Massenabwanderung hochqualifizierter Arbeiter, die im Ausland die konkurrierende Industrie befruchten. Die Denkschrift der Spitzenverbände lehnte darum auch die Auffassung ab, daß die Ursache der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte durch den Lohnanteil oder durch die sonstigen Arbeitsbedingungen des deutschen Arbeiters begründet ist. Mit Recht wird auf die beträchtlich höheren Löhne im Ausland hingewiesen, die der deutschen Industrie einen außerordentlichen Vorsprung geben müßten, falls sie eine elastischere und gesündere Preispolitik durchführt. Der Arbeitseffekt der deutschen Arbeiter hält jeden Vergleich mit dem des ausländischen Arbeiters aus.

Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren hat natürlich ihre Gründe. Es ist die künstlich aufrechterhaltene falsche Organisation der Wirtschaft; es sind die zahlreich völig unwirtschaftlichen Betriebe in Gewerbe, Handel und Bankwesen. Notwendig ist das Ausschneiden dieser parasitären Zwischenglieder, die heute durch übermäßigen Unternehmergewinn trotz geringen Umsatzes künstlich gehalten werden. Statt

eines mäßigen Unternehmergewinns werden viel zu hohe Ansätze für Risikoprämien, Eigenkapital und Unternehmer- und Handelsgewinn in die Kalkulation eingestellt. Diese Gesamtbelastung bildet ein Vielfaches des früher üblichen Unternehmergewinns. Ein Preisabbau von auch nur 1 Proz. würde in seinen Auswirkungen etwa eine Milliarde Goldmark jährlich erreichen und somit den Reallohn der breiten Massen beträchtlich steigern. Es müssen daher Wege gesucht werden, die geeignet sind, die falsche Wirtschaftsorganisation umzustellen. Die Gewerkschaften lehnen es ab, untätig zuzusehen, wenn der Entbehrungsfaktor der arbeitenden Massen weiter gesteigert werden soll. Die Gewerkschaften fordern statt dessen eine angemessene Erhöhung der Löhne entsprechend den veräuerten Lebenshaltungskosten und dem Lohnanteil in der Vorkriegszeit und in den konkurrierenden Auslandsindustrien. Die durch außenpolitischen Druck bedingte Belastung der deutschen Wirtschaft kann und darf nicht nur von der Arbeitskraft getragen werden, sondern zugleich auch vom Kapital und vom Besitz, und zwar durch Verringerung des Kapitalprofits und Ausschneidung aller überflüssigen Zwischenglieder und Zwischenkosten.

Entscheidungen zu unseren Reichstaxi-Verträgen.

Etuisindustrie.

Am 19. Mai fand auf Antrag der Arbeitgeber im Reichsarbeitsministerium eine Verhandlung statt, bei der die Unternehmer mit großer Fähigkeit forderten, es möge ein Schiedspruch über die noch strittigen Manteltarifbestimmungen gefällt werden, selbstverständlich nach den Wünschen der Herren Unternehmer.

Unsererseits wurde unzweideutig die Erklärung abgegeben, daß, wenn es zu einem Schiedspruch komme, der den Verhältnissen nicht gerecht werde, insbesondere eine ungünstige Spannung zwischen den einzelnen Ortsklassen, Alters- und Berufsgruppen gegenüber dem Kartonnagen-Tarif bringe, der Schiedspruch auf alle Fälle von uns abgelehnt werden müsse.

Nach langem und heikem Wortgefecht fällt der unparteiliche Vorsitzende mit den Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer einen Schiedspruch, nach dem der Mantelvertrag und das Arbeitszeitabkommen in seiner bisherigen Form bis zum 31. Mai verlängert wurde. In bezug auf die Lohnfrage hatte der Schiedspruch nur in einzelnen Spitzenlöhnen eine so geringfügige Verbesserung gebracht, daß es sich gar nicht lohnt, darüber ein Wort zu reden. Der Schiedspruch wurde deshalb von unserem Verband abgelehnt.

Wie wir bei Redaktionsschluß erfahren, ist von Amts wegen in diesem Tarifstreit ein neuer Verhandlungstermin im Reichsarbeitsministerium auf den 2. Juni anberaumt worden.

Verband Deutscher Buchbindereibeiger.

Am 26. Mai wurde im Reichsarbeitsministerium in Sachen des Lohnstreits mit dem DBB. verhandelt. Der Schiedspruch, der hier gefällt wurde, sieht für die Zeit vom 22. Mai bis zum 30. Juni einen Spitzenlohn in Klasse I von 61 Pf. vor. Dieser Schiedspruch ist von beiden Parteien angenommen worden.

Veränderungen im Ortsklassenverzeichnis des Reichstaxis für die Kartonnagenindustrie im besetzten Gebiet.

Am 19. Mai fanden in Köln Verhandlungen statt über die Anträge zur Veränderung des Ortsklassenverzeichnisses im besetzten Gebiet zum Kartonnagen-tarif, die in Heideberg nicht mehr erledigt werden konnten. Folgende Orte wurden verlegt:

Schweizer	von Ortsklasse IV	nach III
Weldern	VI	V
Kempen	V	IV
Koblenz	III	III mit Stern
M.-Glabbad	III	III
Mheidt	III	III
Stolberg	IV	III
Bierfen	IV	IV mit Stern
Bochum	III	III
Emmerich	V	IV
Hamborn	IV	IV mit Stern

Für die Orte Aachen, Bonn, Düren, Düsseldorf, Essen, Köln, Krefeld, Reuß und Trier konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Ueber diese Orte soll das Obergeschiedsgericht eine Entscheidung fällen.

Die sechste Internationale Arbeitskonferenz

wird im Juni d. J. in Genf zusammentreten, und es scheint angezeigt, einen Blick auf ihre Verhandlungsgegenstände zu werfen. Die Einrichtung der Konferenz stellt das Ergebnis der Bestrebungen zu internationaler Zusammenwirken auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes dar, deren Anfänge mehr als ein Jahrhundert zurückliegen. Das Aufkommen und die Ausbreitung des modernen Wirtschaftsbetriebes hat gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter erforderlich gemacht. Wenn aber solche Maßnahmen nicht allgemein ergriffen werden, sondern nur von einzelnen Staaten, dann können diese nach der Anschauung der Unternehmer und vieler Staatsleitungen wegen der damit verbundenen Lasten im Wettbewerb auf dem Weltmarkt mindestens zeitweise in Nachteil geraten. Die Staaten, die auf ausreichenden Arbeiterschutz bedacht sind, sehen sich deshalb vor die angebliche Notwendigkeit gestellt, ihrer Sozialpolitik Schranken zu setzen. Das gab Anlaß, nach einem Auswege zu suchen, um den Interessen der Wirtschaft und jenen der Arbeiterschaft zugleich gerecht werden zu können. Mit der Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation wurde dieser Weg gefunden. Gegenwärtig gehören ihr 56 Staaten als Mitglieder an; die einzigen wirtschaftlich bedeutenden Staaten, die noch ferne stehen, sind Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Einrichtungen der Internationalen Arbeitsorganisation sind die aus Abgeordneten der Mitgliedsstaaten gebildete Konferenz und das Internationale Arbeitsamt. Jeder Mitgliedstaat kann vier Delegierte zur Konferenz entsenden. Von diesen vertreten zwei die Regierung und je einer vertritt die Unternehmer- und die Arbeiterorganisationen. Die Konferenz kann zweierlei Arten arbeitsrechtlicher Beschlüsse fassen, nämlich Entwürfe internationaler Übereinkommen, die, um wirksam zu werden, der Ratifikation bedürfen, sowie Vorschläge für die innere Gesetzgebung der Mitgliedstaaten, womit das Zustandekommen sachlich übereinstimmender sozialpolitischer Reformen ohne vertragmäßige Bindung erstrebt wird. Bisher sind bereits über 30 derartige sozialpolitische Maßnahmen von den Arbeitskonferenzen beschlossen worden.

Auf der bevorstehenden sechsten Konferenz werden folgende Gegenstände behandelt werden:

1. Die Nutzung der Freizeit der Arbeiter.
2. Die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter bei Entschädigung von Arbeitsunfällen.
3. Die 24stündige wöchentliche Ruhezeit in Glasfabriken mit Wannenöfen.
4. Die Nachtarbeit in Bäckereien.

Die Frage der Nutzung der Freizeit ergibt sich im Zusammenhang mit der Beschränkung der Arbeitszeit. Ueberall, wo der Grundsatz des Achtstundentags durchgeführt wurde, war einer der Anlässe für die Verkürzung der Arbeitsdauer das Bestreben, den Arbeitern genügend freie Zeit zu sichern. Eine zweckmäßige Nutzung der

freien Zeit ist nun aber sowohl im Interesse der Allgemeinheit wie im besonderen Interesse der Arbeiter gelegen, und jegliches Bemühen in dieser Richtung kann nur zur Hebung der Allgemeinkultur beitragen. Deshalb ist auch der erste Verhandlungsgegenstand der kommenden Konferenz höchst wichtig. Doch ist nicht etwa beabsichtigt, einen Versuch zu machen, die Staaten in Form eines internationalen Übereinkommens zu verpflichten. Dazu sind die Verhältnisse von Land zu Land zu sehr verschieden. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts empfiehlt der Konferenz lediglich, allgemeine Grundsätze für den Erlass nationaler Gesetze oder deren Vervollkommnung zu bestimmen.

Mit dem Problem der Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter hat sich bereits die erste Internationale Arbeitskonferenz zu Washington im Jahre 1919 befaßt, die den Mitgliedstaaten vorschlug, den auf ihrem Gebiet ansässigen fremdnationalen Arbeitern und deren Familienmitgliedern die gleichen Vorteile des Arbeiterschutzes zu gewähren, die den eigenen Staatsangehörigen zustehen. Diefelbe Konferenz nahm in den Entwürfen eines Übereinkommens betreffend die Arbeitslosigkeit die Bestimmung auf, daß unter gewissen Voraussetzungen den fremdnationalen Arbeitern Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sei. Diefen Maßnahmen soll nun eine Regelung in der Frage der Unfallentschädigung ausländischer Arbeiter folgen.

Die Frage des wöchentlichen Ruhetags in Glasfabriken mit Wannenöfen ist eine spezielle Angelegenheit der Glasindustrie, für die die Allgemeinheit insofern Interesse haben muß, als mit der Einführung des Dreifachbetriebes die wöchentliche Arbeitsdauer von 48 Stunden erreicht wird.

Die letzte Frage der Tagesordnung betrifft die Nachtarbeit in den Bäckereien. Sie wurde schon auf der dritten Tagung der Konferenz (1921) aufgeworfen, indem zwölf Regierungs- und Arbeiterdelegierte einen darauf bezüglichen Antrag stellten. Der Verwaltungsrat des Arbeitsamts wurde damals beauftragt, das Nachtarbeitsverbot für Bäckereien zu studieren und über die Ergebnisse zu berichten. Der Verwaltungsrat vertritt die Auffassung, daß das Nachtarbeitsverbot unbefristet einen sozialpolitischen Fortschritt bedeuten würde, daß aber eine derartige Reform, wenn sie nicht mit Vorbehalt durchgeführt wird, den beabsichtigten Zweck verfehlen kann.

Das sind die verschiedenen Fragen, mit welchen sich die Internationale Arbeitskonferenz zu beschäftigen haben wird. Sie sind für alle Länder wichtig, und die Verhandlungen der Konferenz müssen deshalb aufmerksam verfolgt werden.

Stinnes und die Papierindustrie.

Ueber die Beziehungen Hugo Stinnes zur Papierindustrie erfahren wir folgendes:

Am Buchgewerbe nahm Hugo Stinnes zuerst im Jahre 1919 durch den Erwerb der Buchdruckerei W. Bügenstein und der dieser angegliederten Tochterunternehmung Interesse. Später erwarb er hierzu mit dem Ankauf der Deutschen Allgemeinen Zeitung die Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt AG. In der Zwischenzeit wurde der Zeitungsverlag Schmidt-Dumont gegründet, und in diesem Verlag erscheint die Deutsche Allgemeine Zeitung und die Industrie- und Handelszeitung. Die Deutsche Warte und die Auslandswarte stellten vor kurzem ihr Erscheinen ein. Im Jahre 1923 erfolgte der Ankauf der Frankfurter Nachrichten (Firma Holzwarth Nachfolger GmbH) und in dieser erscheint seit 1. September 1923 die Süddeutsche Ausgabe der DAZ.

Um auch die Rohstoffe für das graphische Gewerbe selbst im eigenen Werke herzustellen, übernahm Stinnes die beiden Zellstofffabriken in Königsberg sowie die Papierfabrik in Hillegossen. Durch Bewilligung größerer Mittel baute er diese Werke bedeutend aus, und es gelang ihm dadurch, diese Fabriken in vollkommen moderne Betriebe umzuwandeln. Ueber die Einzelheiten und die Produktionsziffern war Stinnes immer unterrichtet und der Hochstand dieser Werke ist im wesentlichen eine Folge seiner Initiative.

Rufet zum Kampf!

Mit freudiger Offenheit und Klarheit hat Kollege Ebbeling-Stuttgart in Nr. 20 der „B.-Z.“ die Notwendigkeit einer sofortigen Stärkung unserer Verbandsliste dargelegt. Ohne die Auswirkung der letzten Beitragserhöhung einigermaßen abschätzen zu können, muß man jetzt erneut die Frage einer höheren Beitragsleistung prüfen.

Ein Teil der Beiratsmitglieder war auf der letzten Beiratstagung davon überzeugt, daß die dort beschlossenen Beiträge kaum ausreichend sein würden, um die Durchführung der wieder eingeführten Unterstiftungen zu garantieren. Binsenwahrheit ist es doch, daß die Vorbedingung für die Durchführbarkeit jeder gewerkschaftlichen Unterstiftung stabile, gesicherte wirtschaftliche Verhältnisse sind. Wenn man nun seit Wochen schon wieder beobachten kann, wie große, industrielle Unternehmen infolge Geldmangels zu massenhaften Entlassungen schreiten, wenn man weiter noch nicht weiß, in welchem Umfange in unserem Berufe gleiche Erscheinungen auftreten können, dann ist es wohl aus diesem Grunde schon die zwingendste Aufgabe, der finanziellen Entwicklung unserer Organisation die größte Beachtung zu schenken. Ganz besonders müssen aber die in den letzten Wochen geführten Vorkonferenzen auch den Gleichgültigsten endlich gezeigt haben, wohin die Reise geht. Nicht bestritten soll werden, daß die Lohnhöhe in unserem Berufe sich einige Monate teilweise über die Löhne einzelner Berufe hinausbelegte, Ueberflüssig aber, erst darauf hinzuweisen, daß hierzu nicht ein übergroßes soziales Empfinden unserer Unternehmerrgruppen beigetragen hat. Doch aber dieses ständige Herumloolieren zwischen Schiedspruch und Berlegenheitsabschluß letzten Endes in der Sackgasse des fortwährenden Nachgebens für unsere Mitglieder endigen muß, erweist sich bei jeder Verhandlung mehr und mehr. Offenes Gebeinnis ist es doch, daß das Unternehmertum von jeher im Tarifvertrag das kleinere Übel erblickt hat. Offenes Gebeinnis ist es aber auch, daß, wenn für einen Beruf das Barometer auf Sturm steht, dieses dann ganz besonders für unseren gilt. Hieroon sollten unsere Mitglieder nun endlich einmal überzeugt sein. Das für solche Kämpfe heute nicht im entferntesten die Mittel vorhanden sind, dieses zu verheimlichen wäre Selbstbetrug. Die Frage kam und darf deshalb heute nicht mehr die sein: Ist die Beitragshöhe dem Verdienst anguleichen? Die letzte und einzige Möglichkeit, uns in den bevorstehenden Kämpfen mit Erfolg, ja überhaupt durchsetzen zu können, besteht nur darin, daß wir unserer Organisation endlich das geben, was gebraucht wird. Nicht Stundenlohn, nicht Verdienst, das Bedürfnis der Organisation muß wieder maßgebend sein für die Beitragshöhe.

Man rede nicht davon, daß es unmöglich sei, von unseren Mitgliedern höhere Beiträge zu erlangen. Wir alle wissen, wie elend traurig es heute auch unseren Mitgliedern geht. Wir alle wissen, wie notwendig heute jeder Groschen im Arbeiterhaushalt gebraucht wird. Wir alle wissen aber auch, daß es der Arbeiterklasse ohne ihre Organisationen noch weit, weit schlechter gehen würde, und daß die einzige Rettung vor noch größerer Verelendung nur in einer opferfreudigen Stärkung unserer Organisation bestehen kann.

Leere Redensarten sind es, wenn immer behauptet wird, daß unsere Mitglieder eine höhere Beitragsleistung nicht eriragen könnten. Die Grenze der Leistungsfähigkeit in dieser Hinsicht liegt nicht zwischen einer halben oder ganzen Mark wöchentlich mehr Beitrag. Wäre dieses der Fall, müßte man mit derselben Logik auch dem Unternehmertum recht geben, wenn es jede unserer Lohnforderungen abweist mit der Begründung, daß es dann nicht mehr konkurrenzfähig sei. So wenig die Lohnhöhe die konkurrenzfähigkeit des Unternehmers beeinträchtigt, ebensowenig beeinflusst die Beitragshöhe die wirtschaftliche Existenz unserer Mitglieder. Gewiß, gibt es auch für die Beitragshöhe eine Grenze. Diese läßt sich aber nicht zahlenmäßig festlegen, sondern liegt in dem sehr weiten Rahmen des freiwilligen Willens und des wirtschaftlichen Könnens. Man höre also endlich einmal auf, von einer allzu hohen Belastung unserer Mitglieder durch Verbandsbeiträge zu reden.

Genau so verfehlt ist es, die Rechnung immer so aufzustellen, daß es doch besser sei, die Beiträge möglichst niedrig zu halten, um einen Teil unserer Mitglieder durch zu hohe Beiträge nicht unwillig zu machen oder von der Organisation wegzutreiben. Lerne man doch endlich begreifen, das gerade das Gegenteil damit erreicht wird. Gerade durch die in dieser Hinsicht geübte Rücksichtnahme, durch diese ständige Rechnungsträgerei den Gefühlen einzelner kurzfristiger Mitglieder gegenüber haben wir erreicht, daß bei jeder Beitragserhöhung ein Teil dieser Beitragsunwilligen ihre Mitgliedschaft aufgab.

Beitragsfragen können und dürfen nicht gefühlsmäßig beurteilt werden. Wenn eben bei einem Teil der Mitglieder die Treue und Ueberzeugung für ihre Gewerkschaft noch auf solchen schwachen Füßen steht, daß sie schon bei einer etwas höheren Beitragsleistung zum Stolpern kommen, dann muß versucht werden, durch bessere Aufklärung diesem Uebel zu steuern. Nie und nimmer kann aber das Gesamtwohl der Organisation dem Willen und Wünschen einzelner, in finanziellen Fragen äußerst engherzig denkender Mitglieder unterstellt werden.

Nicht ratsam halte ich jedoch die Erhebung von Extrabeiträgen. Sonderbeiträge, ganz gleich, welcher Art und in welcher Höhe, waren noch nie beliebt, dürften auch in vielen Fällen dem gewünschten Zweck nie voll und ganz entsprochen haben. Besteht schon einmal die Notwendigkeit, eine finanzielle Kräftigung unserer Organisation durchzuführen — und das kann auf keinen Fall bestritten werden — dann ist hierzu nur der Weg einer höheren Beitragsleistung zu wählen. Das Mindeste, was heute bei einer sofortigen Beitragsregelung getan werden müßte, ist eine Erhöhung der unteren Klassen um 50 Proz., eine weitere Erhöhung der oberen Klassen aber bis 100 Proz. Sollte man endlich einmal jede Kleinliche Rücksichtnahme fallen, schaffe man die Möglichkeit, allen kommenden Kämpfen entgegenzusehen und man wird zugleich auch der Interesslosigkeit eines großen Teils der Mitglieder am besten entgegenwirken. **W. Mitsche - Dresden.**

Der Kampf im Bergbau.

Am 17. Mai haben die Vertreter der Bergarbeiterverbände den am Tage vorher gefällten Schiedspruch einmütig abgelehnt. Die Bergarbeiter erklärten den Schiedspruch, soweit er den Rahmenvertrag betrifft, für annehmbar. Auch wogen sie sich nicht, Ueberarbeit zu leisten, soweit die wirtschaftliche Notlage dies erfordert. Der Schiedspruch wollte die Bergarbeiter jedoch verpflichten, bis zum 1. April 1925 Ueberstunden zu leisten, bei Untertagsarbeiten täglich 1 Stunde und in Tagesbetrieben täglich bis zu 2 Stunden, ohne jeglichen Ueberstundenzuschlag. Da die durch den Schiedspruch festzulegenden Arbeitsbedingungen erstmalig am 1. April 1925 mit zweimonatiger Frist kündbar sein sollten, so wäre die Arbeitszeit dadurch bis zum 1. Juni, also für länger als ein Jahr, allein zum Vorteil der Zehnerbesitzer verlängert gewesen. In einem früher vom Reichs- und Staatskommissar für das Industriegebiet gefällten Schiedspruch war die Pflicht zur Längerarbeit bis zum 1. November 1924 ausgesprochen. Der neue Schiedspruch wollte den Zehnerbesitzern also bedeutend mehr zubilligen. Kein Wunder ist es deshalb, daß sie sich bereit haben, ihm zuzustimmen. Bemerkenswert sei noch, daß der abgelehnte Schiedspruch den Arbeitern in durchgehenden Betrieben durch ein Zweischichtensystem eine Wochenarbeitszeit von 78 Stunden aufbürden wollte.

Die Bergbauunternehmer halten also die Aus-sperrung aufrecht. Sie hindern die Bergarbeiter, die bereit sind, Rohen zutage zu schaffen, selbst bei verlängerter Arbeitszeit, jedoch zu Löhnen, die ihrer schweren Arbeit entsprechen und ein menschenwürdiges Auskommen gestatten. Die Bergwerksbesitzer rechnen damit, daß der Hunger die Ausgesperrten müde machen und sie ihrem Nachwillen unterwerfen werde. Daß dabei das deutsche Wirtschaftsleben schwersten, nie wieder gutzumachenden Schaden erleidet, daß Arbeiter anderer Betriebe zu Laufenden arbeitslos werden, weil es ihren Betrieben an Kohlen fehlt, das alles bekümmert die Unternehmer wenig. Ihr Leisten ist allein der Profit. Dem muß die ganze organisierte Arbeiterschaft ihre brü-

derliche Solidarität entgegensetzen. Keiner, der in Arbeit steht, verweigere sein Scherflein zu den Sammlungen des **ADGB**. Gewerkschaftlicher Opferinn, gewerkschaftliche Disziplin, Einigkeit und Geschlossenheit werden auch die Bergarbeiter zum Siege führen.

Die mehrtägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beseitigung des Kampfes im Bergbau sind am 27. Mai durch einen neuen Schiedspruch beendet worden. Der Inhalt des Spruchs war beim Abschluß dieser Nummer noch nicht bekannt. Die Bergarbeiter entscheiden in Revierkonferenzen am 28. Mai über Annahme oder Ablehnung des Spruchs.

Die Hauptzüge des Sachverständigen-gutachtens.

Die Sachverständigen sahen sich drei Problemen gegenüber: Wie kann Deutschland 1. das Gleichgewicht seines Staatshaushaltes herstellen? 2. einen Einnahmeüberschuß zu Reparationsleistungen erzielen? 3. die auf Reparationskonto zu zahlenden Markbeiträge den Gläubigern auf dem Weg des internationalen Zahlungsverkehrs zuleiten?

Die Vorschläge der Sachverständigen zu diesen Punkten sind: Das Gleichgewicht des Staatshaushaltes soll gesichert werden durch die Wiederherstellung der vollständigen wirtschaftlichen und finanziellen Hoheit Deutschlands über sein ganzes Gebiet; durch Stabilisierung der Währung mit Hilfe einer Notenbank. Das von dieser ausgegebene Geld soll zwar nicht gegen Gold einlösbar, also kein eigentliches Goldgeld sein, dagegen zu einem Drittel eine Golddeckung haben, und damit doch mit dem Gold in Zusammenhang stehen. Die vorgeschlagenen Reparationszahlungen, die sämtliche Leistungen einschließlich des Entgeltes für die Sachlieferungen und Besatzungskosten umfassen, betragen in Billionen Goldmark:

1924/25	Eisenbahneinnahmen	200	
	Ausländische Anleihe	800	1000
1925/26	Eisenbahneinnahmen	505	
	Obligationen der Industrie	125	
	Verkauf von Eisenbahnvorzugsaktien	300	1020
1926/27	Eisenbahneinnahmen	550	
	Verkehrssteuer	290	
	Obligationen der Industrie	250	
	Anderer Staatseinnahmen	110	1200
1927/28	Eisenbahneinnahmen	660	
	Berufssteuer	290	
	Obligationen der Industrie	300	
	Anderer Staatseinnahmen	500	1750
1928/29	Eisenbahneinnahmen	660	
	Verkehrssteuer	290	
	Obligationen der Industrie	300	
	Anderer Staatseinnahmen	1250	2500

Die folgenden Jahre: Ständige Belastung 2500 zuzüglich eines noch unbekanntem Betrages, der auf Grund eines Wohlstandsindezes errechnet wird.

Die ausländische Anleihe soll die Leistungen des ersten Jahres erleichtern, bzw. der Bezahlung der Sachlieferungen und der Währungsstabilisierung dienen. Die Leistungen sollen die Ueberhörsche aus dem Export nicht übersteigen. Deshalb wird zur Uebertragung der Reparationsleistungen an die Gläubiger ein Bevollmächtigter der Reparationskommission mit fünf ausländischen Sachverständigen als Berater eingesetzt, auf dessen Konto die Reparationszahlungen geleistet werden sollen. Er bezahlt davon die Sachlieferungen und kauft fremde Valuten, aber, um die deutsche Valuta nicht zu verschlechtern, nur in gewissen Grenzen, die vornehmlich durch den deutschen Exportüberschuß bestimmt sind. Der Betrag, der darüber hinaus noch verbleibt, bleibt in Deutschland (ob er hier in der Industrie und Landwirtschaft angelegt werden darf, steht dahin), bis er auf 5 Milliarden Goldmark anwächst. Wird diese Grenze erreicht, dann müssen die Reparationsleistungen herabgesetzt werden, da aus dem Anwachsen dieser nach dem Ausland nicht übertragbaren Summe ersichtlich wird, daß der Exportüberschuß — die einzige Möglichkeit einer internationalen Zahlung — nicht hoch genug war.

Die Sicherung der Gläubiger erfolgt durch Pfänder; Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmungen sollen mit 5 Milliarden Schuldverschreibungen

gen belastet werden, die Reichsbahn muß Ueberhörsche für Reparationszwecke, steigend von 200 Millionen Mark im ersten Jahr, auf 660 vom vierten Jahre ab, aufbringen. Zölle und Steuern auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker sollen als Sonderpfand dienen.

Der Ernst unserer sozialen Not

Am auf der jetzt abgeschlossenen Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Hamburg zum Ausdruck. Die Stadtarzte Dr. Schloffer, Frankfurt a. M., und Prof. Dr. Bersmann, Hamburg, sprachen über die große gesundheitliche Gefahr, in der sich unser Volk heute befindet. Die zweite große deutsche Hungerperiode der großen Massen fängt an! so hieß es. Wir merken die schädlichen Folgen der Wohnungsnot. Die Frauarbeit nimmt als Folge der niedrigen Löhne der Männer zu. Das Stillen der Säuglinge nimmt ab. Der Sinn für Keinschheit wird abgestumpft. Seuchen wie Typhus und Ruhr sind wieder heimatsberechtigt und Pocken und Schlafkrankheit drohen vom Auslande her. Aber trotzdem bewußte Brutalität im Unternehmertum und stumpfsinnige Kurzsichtigkeit so oft in den Vermittlungen, wo nur ein weiter Blick helfen kann. Die Zeit ist ernst, überaus ernst. Wenn da nicht der Massenwille zusammensteht, kann der Schaden unermeßlich sein.

Das Jugendproblem in der Gegenwart.

Der überaus rühmige Arbeiterjugendverlag hat jetzt eine lange vergriffene Schrift in neuer Auflage erscheinen lassen, die eine erfreuliche Bereicherung der Literatur über die Jugendfrage darstellt. Bei näherem Zusehen entdeckt der Leser, daß mit der Neuherausgabe ein ganz neues Buch entstanden ist, inhaltlich reicher, tiefer und reicher als der ursprüngliche Band. Johannes Schult ist ein guter Kenner der Jugendbewegung und sein Buch über „Das Jugendproblem in der Gegenwart“ ist der besten eins. Der erste Hauptabschnitt untersucht die Wirkungen, die das Wirtschaftslieben auf die Jugend ausübt. Bei den feinsinnigen und tiefgründigen psychologischen und ökonomischen Untersuchungen haben die besten Köpfe der Wissenschaft Vate gestanden. Der Verfasser knüpft an Marx, Sombart und Max Weber, an Meumann und Eduard Spranger an. Alles verarbeitet er selbständig mit eigenen Beobachtungen und Erfahrungen zu einem Gemälde von dem erschütternden Untergang einer hoffnungsvollen Jugend im kapitalistischen Wirtschaftsvorgang. Aber am Schlusse dieses Abschnitts zeigt er Wege zur Erneuerung des Wirtschaftslebens aus dem Geiste der arbeitenden und vorwärtsstrebenden Jugend heraus.

Ähnlich untersucht er im zweiten Hauptabschnitt Geist und Struktur unserer heutigen Gesellschaft, um die Gefahren aufzuzeigen, die daraus der Jugend erwachsen. Er spricht von den Zwiespalten unseres Lebens und von der Vergiftung des jugendlichen Wesens durch das soziale Leben der Gegenwart. Am Schlusse zeigte er neue Formen des Lebens auf und versucht die Frage zu beantworten, wie sich die Jugend im Kampf gegen das gesellschaftliche Leben der Gegenwart behaupten könne.

Das Buch ist durchweht von jener Sehnsucht nach einer neuen Gestaltung des menschlichen Lebens, die die besten und feinsten Köpfe der Jugendbewegung aller Vögel erfüllt. Aber der Verfasser begnügt sich nicht — wie es viele schreibende Köpfe der Jugendbewegung tun — mit der Befundung von Wünschen und Hoffnungen, nicht mit Klagen, nicht mit halben Leistungen, nicht mit dem Ausweichen vor den härtesten aller Tatsachen. Er lehnt die rückwärtschauende Romantik ebenso ab wie die Flucht in Natur- und Kunstgenuss, die Einkapselung in Mystik oder das Zerfließen in religiöser Schwärmerei. Er will die Klagen und die Empörung, die Sehnsucht und die Hoffnungen der Jugend zur Entfaltung einer unüberwindlichen Latenz zusammenraffen, die an die Kistenarbeit herangeht, Wirtschaft und Gesellschaft auf neuen Grundlagen aufzubauen, damit das Sklavensystem des Kapitalismus abgeworfen werde auf allen Gebieten, wo es den Menschen auferlegt ist, damit der Mensch ganz Mensch sein kann.

*) Das Jugendproblem in der Gegenwart. Von Johannes Schult. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Kartoniert, 88 Seiten. Preis 0,70 M.

Mit dieser Schrift hat Johannes Schult der deutschen Jugendbewegung ein kostbares Geschenk gemacht. Er hißt ihr zur Bestimmung auf ihre wichtigste Aufgabe. Denken die Führer der intellektuellen Jugendbewegung ihre oft feinsinnigen Gedanken gern auf einen Einzelzweig der gegenwärtigen Ideologie, wodurch dessen Bedeutung stark übertrieben wird, so führt Johannes Schult die Jugend auf die großen Zentralprobleme der Gegenwart hin, auf Wirtschaft und Gesellschaft. Alle ideologischen Schmerzen der intellektuellen Jugend treten hinter die Aufgabe der strebenden Gesamtjugend unserer Zeit zurück, Wirtschaft und Gesellschaft ihres privatkapitalistischen oder kollektivkapitalistischen Charakters zu entwickeln und aus dem Wesen der Jugend neue Formen für sie zu finden. Jeder, der in der Jugendbewegung mehr als eine jugendliche Spielerei sieht, muß diese geistreiche, tiefdringende Schrift lesen.

Geschichtliches über den Bucheinband.

Für Franz II. wurden als Dauphin einfache, aber schöne Bände hergestellt. Heinrich III. hatte eine eigene Dekorationsweise: er klebte seine Bücher in dunkles Leder, verzierte mit den Leidenwerkzeugen in Gold oder Silber, am Rand ein verstreutes Muster, Tränenformen füllen die Ritze. Auch die Krönung selbst benutzte man als Mittelstück. Die Rücken sind glatt, mit goldenen Fäden eingerahmt. Des Königs allzeit fröhliche Schwägerin Margarete v. Valois änderte aber diese ernste Mode, sie ließ die Bücher mit Rosenwert und Blumen, meistens Margueritenblumen, schmücken. Im 16. Jahrhundert machte ein Bibliophile de Thon Schule, ein Gelehrter und Geschichtsschreiber am französischen Hofe (1593) und später Vorkämpfer der königlichen Bibliothek. Die Bände tragen gewöhnlich zwei Vorbezüge, einen silbernen Schild mit blauen Sparten. Thon hinterließ seinem Sohne seine Bücherkammer; 1718 ging die Bibliothek an den Kardinal Aboi über. Verfertiger dieser Einbände ist eine Familie Ebe gewesen.

Neue Motive führte im 17. Jahrhundert Le Gascon ein, Spigenmuster, runde Aileten, aber Grozier, wurden modern. Die Regierungszeit Ludwigs XIV. brachte dem Buchdruck wie dem Bucheinband wenig Förderung. Le Gascon, ein in der Geschichte des Buchbandes viel genannter Künstler, beherrschte die Mode der Zeit bis zum Regierungsantritt des schönen Ludwig, ebenso Le Brun. Die Einbände, die der König machen ließ, waren Wiederholungen beider Künstler, die man auch in den Bücher-sammlungen von Marassin, Colbert usw. findet. Mit Ludwig und dessen Nachfolgern geht es mit der Buchkunst berg herab, obgleich die Sammelleute zunahm. Babouin und de Rome zeigten in ihren Arbeiten noch den meisten Geschmack und vererbten ihre Künste auf mehrere Generationen. Lederdecken tragen viel Goldverzierungen, das Vorkapppapier ersetzt Seidenstoff.

Am die Zeit entstanden auch die ersten fabrikmäßigen Einbände, große Vergoldungsanstalten entstanden und Tausende von Auflagen gehen in die Welt. Hierlich gestempelte Eten und gleiches Bild in der Mitte des Buches zieren die Deckel. Ein Teil, an den orientalischen Geschmack erinnernd, bürgert sich ein. Der namhafteste Künstler ist darin B. P. Dubouillon, der sich nebenbei viel mit Heraldik beschäftigte. Auch in England verschwand mit der Buchdruckerkunst der „Möndsbund“. Auch hier ging die Mode vom Hof aus. Die meisten Bücher, die noch vorhanden, stammen aus den königlichen Bibliotheken. Sie sind in Samt gebunden, mit schönen Beschlägen aus Edelmetall verziert. Samt, Seide, Paffementieren, Quasten, Knöpfe und Beschließen lieferte der Hof. Heinrich VIII., der Freund von Holbeins Kunst, war ein großer Bücherfreund und Förderer von Druck und Einband. Der König bereicherte seine Bibliothek sehr dadurch, daß er fast alle Klosterbibliotheken kaufte. Die Mode der Stammbücher in Edelmetall erschien auf dem Markt. Königin Elisabeth war auch eine große Sammlerin schöner Bücher. Sie liebte ihre Bücher, auch die Bibeln und Erbauungsbücher, mit Stickereien zu schmücken. Auch Maria Stuart schmückte mit gelben Blumenornamenten die Deckel der Bücher, die sie besonders schätzte. Man parfümierte auch mit Lavendel die Buchwerke. Jakob I. brachte den Maroquin in Mode und ließ alle für die königliche Bibliothek bestimmten Bücher so einbinden. Auch deutsche Einbände fanden, mit Wäldern der Reformatoren geschmückt, reichen Eingang. Ein Holzbund kostete vorgelobt 20 Schilling, ein Othoband 3 Schilling. Es entstanden damals die großen englischen Bibliotheken von Oxford und Cambridge. Der hervorragende Buchbinder des 18. Jahrhunderts war Garleb, Carl of Oxford.

Die Buchdeckel der damaligen Zeit waren spielerisch verziert mit Bögen, Schiffen, Bäumen und stimmten nie mit dem Inhalt überein. Deutsche Buchdrucker und Buchkünstler wanderten viel nach England aus, z. B. Stegmayer, Hereng, Kallehober und Baumgarten, da der Hof viele verwandtschaftliche Beziehungen zu Deutschland hatte. Auch im 19. Jahrhundert zeigt die Liebhaberei des Buchsammlers keine Abnahme. Die Verzögerung von Devouzhire,

Sutherland, Malborough, Calvador usw. taten viel für die Buchkunst und den Druck.

Auffallend spät findet Deutschland erst Geschmack am dem Renaissanceband, der Leberband findet bis zum 17. Jahrhundert dort die weissen Liebhaber. Einfachheit herrscht vor, überall wenig Vergoldung. Es kam wohl daher, daß hier nicht der Hof tonangebend war, sondern der einfache Gelehrte, zuerst der Wäld, der Universitätsprofessor und später auch der wohlhabende Bürger. Holbein und die beiden Cranachs verführten später die Wittenberger Bibelbände. Birgit Collis, Peter Klotner tun viel für Buchkunst und Druck in der damaligen Zeit. Oft sieht man die Bücher mit Brustbildern der Reformatoren und der Fürsten, wie in England, geschmückt. Im spätmittelalterlichen Stil spielen Drachen, Greife, Fabelwesen eine Rolle darauf. Durch Bindendruck verzerrte braune Kalbleinbände bedeckten im 16. und am Anfang des 17. Jahrhunderts den Geschmack. Stempel in Mitte und Ecken treten als Schmuck auf. Später kommen oft orientalische Flachornamente, Bandgeschlinge, feines Rankenwerk vor. Verschiede Formen in besonderer Schönheit zieren die kleineren Einbände. Auch französischer Einfluß tritt oft in den Sammlungen uns jetzt noch entgegen. Die Bücher werden nun auch viel in Pergament und Schweinsleder gebunden. Als Mittelstück finden wir heilige Geschichte, Geburt, Anbetung usw. und Fürstenbilder, Luther, Melancthon. Die weissen Bände des 17. Jahrhunderts tragen oft kleine Stempel oder die Deckel sind in Kompartimente geteilt, die abwechselnd blau und rot sind, dazu kommen gewöhnlich Schließen. Auch italienische Einflüsse machen sich geltend, denn schon im 15. Jahrhundert bestanden buchhändlerische Beziehungen zwischen den Ländern im Deutschen Reich und Venedig, die Buchhändlermesse in Frankfurt war das Bindeglied. Venezianische Kommandanten brachten Drucker und Verleger näher zueinander.

Die Bräde des sächsischen Bucheinbands stund auch, wie in England, in einer Universitätsstadt, und zwar zu Wittenberg. Man nennt hier mit Vorliebe Theodor Krüger. Als Sammler begegnet uns hier: Friedrich der Weise, Friedrich der Großmütige, Georg der Bärtige 1539, Heinrich der Fromme und als besonders eifrig ist Kurfürst August zu nennen, der die königliche Bibliothek anlegte. Die Bände haben den Geschmack der damaligen Zeit, sich an den französischen Geschmack anlehnend. Eine besondere Spezialität bilden die sächsischen gemalten Einbände, die gegen Ende des Jahrhunderts auftraten. Eifrige Bücherkammer waren die Grafen von Mansfeld, der Geschmack ist der Lombardener. Buchhändler und Buchbinder arbeiten gemeinsam. Die Vorkämpfer der Kapellherren betrieb eifrig das Schreiben, Malen und Binden der Bücher (1527). In einer Wulle Pius II von 1462 werden die Brüder zu Gent genannt, die den Verkauf von Handschriften und Buchbinden mit großem Geschick stoff betrieben. Auch der Leherstand beklammerte sich viel um die Buchkunst, z. B. Johann Kienhelm 1477. Auch nahm man die Buchdruck und Buchbinder in die Goldschmiedekunst auf, ebenso Nürnbergger Drucker und Verleger (Koberger) arbeiteten mit den Buchbindern gemeinsam. Der 30jährige Krieg unterband Buchdruck wie Buchband. Das 18. Jahrhundert bringt in der Buchkunst keinen Aufschwung. Am lieblich vollständig zu berichten, möchte ich doch den Renaissanceband der späteren Zeit erwähnen, der nicht aus Leder war, sondern aus Stoff oder Metall. Auch Silberbezüge nach französischem Muster treten auf, wie das Belegen des Deckels mit Zuchtornament und Silber. Sehr schön waren die Buchdeckel mit Metallauflage (Prachteinbände für bayerische Fürsten zum Beispiel). Herrliche Arbeiten für das Fürstentum Fürstentum liefert Anton Eisenhoit aus Würzburg. Mit Nachdruck nennt man Hans Reichardt. Stammbücher im gleichen Geschmack waren in Sachsen sehr beliebt, massiver Golddeckel mit Emailschmuck sind die Deckel.

Eine ganze Literatur steht darüber dem Sammler und Forscher zu Gebote und ist für beide die Entwidlung eines sehr interessante und allen Kunstgewerbern warm zu empfehlen. A. Raigell.

Deutsche Arbeiterjugend als Bettler im Ausland?

Vom Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

Die Not der letzten Zeit, besonders die große Arbeitslosigkeit, brachte bereits im vergangenen Sommer jugendliche Arbeiter in größerer Anzahl auf den Gedanken, ihr Glück im Ausland zu versuchen. Da die uns umgebenden Länder, besonders die deutschsprachlichen, selbst Weberfluß an Arbeitskräften hätten und auch noch haben, konnte nicht der ordnungsgemäße Weg der Emigration begangen werden, sondern man überspritt die Grenze „schwarz“, d. h. ohne Paß und ohne Einreiseerlaubnis. Besonders aus Deutschland und aus der Tschechoslowakei kamen immer und immer wieder Mitteilungen darüber, daß junge deutsche Genossen die Unterföhung der dortigen Arbeiter- und Jugendorganisationen in Anspruch nahmen. Da nämlich an ein Arbeitsfinden nicht zu denken war, schlug man

sich mehr schlecht als recht mit Musikern, Sängern und Tänzern durch und nahm die Einrichtungen der Arbeiterschaft wie auch Volkshäuser, Herbergen usw. in Anspruch.

Mehr unternehmungslustige Gruppen von Wanderern machten an den Grenzen des deutschen Sprachgebietes nicht halt, sondern durchzogen den Balkan, Italien und wandten sich im Norden nach Skandinavien zu. Bemerkenswert muß dabei werden, daß es sich durchaus nicht nur um die Arbeiterjugend hiebei handelte, sondern auch Schüler und Studenten verfuhten, ihre Ferien auf ähnliche Weise billig zu verbringen.

Dem einzelnen oder der kleinen Gruppe, die solche Fahrten unternimmt, wird in der Regel nicht zum Bewußtsein kommen, welche Einbrüche durch solche Bettelfahrten bei der Bevölkerung des jeweils in Frage kommenden Landes hervorgerufen werden. Man muß ausländische Genossen, die viel in ihrem Land herumkommen, hören, um die öffentliche Meinung kennen zu lernen. Uebereinstimmend kommt dabei immer wieder zum Ausdruck, daß das Ansehen der Deutschen im Auslande leidet, wenn ganze Gruppen junger Menschen in die Welt hinausziehen, um die Miltätigkeit anderer Völker in Anspruch zu nehmen.

Auch vor dem Kriege war es junge Deutsche, Handwerker nach beendeter Lehrzeit meistens, die ganz Europa durch „Tippeltieren“ und dabei, soweit keine Arbeit zu bekommen war, mit „Rechen“ ihr Leben fristeten. Die heutigen „Tippelfahrten“, in der Wandervogelsprache „große Fahrt“ genannt, sind aber etwas wesentlich anderes geworden. Zunächst einmal werden sie unternommen, auch wenn durchaus feststeht, daß an Arbeitsfinden nicht zu denken ist. Dann aber wirkt die heutige Wander „Kunst“ unserer Jugend mit, diese Fahrten in anderen Ländern zu einer sehr auffallenden Angelegenheit zu machen, während der frühere Handwerksbursche sich möglichst wenig öffentlich bemerkbar machte. Schon bei uns im Lande sieht man sich noch erstaunt nach solchen Leuten um, die da meinen, durch eine wäldende Wäldne und vielleicht auch noch durch einen Anflug von Christusbild im jarten Knabengesicht ihre höhere Geistesleistung darzulegen zu müssen. Es läßt sich leicht vorstellen, wieviel mehr diese Erscheinungen in Ländern wirken, die solchen Anblick überhaupt noch nicht gewöhnt sind. Kommt hierzu noch die durch lange Benutzung waschecht gewordene Wäldne und Kleidung, so ist es erklärlich, daß manche dieser Wanderer für eine Art von Bienen in gehalten werden, die merkwürdigerweise aus Deutschland stammen.

Diese „großen Fahrten“ haben aber nicht nur eine dem deutschen Ansehen schädliche Wirkung — man erinnere sich nur des Aufsehs, den italienische Sippsfigurenhändler und slowakische Mausefallenbauern vor dem Kriege bei uns hatten — sondern bringen die jugendlichen Wanderer selbst auch in unangenehme Situationen. Wer als Deutscher ohne Paß und Einreiseerlaubnis im Auslande betroffen wird, wird verhaftet und eingesperrt. In Rumänien wurde im vergangenen Jahre eine Wandergruppe wegen Spionageverdacht festgesetzt. Die deutschen Konsulate sind nicht in der Lage, den Ansprüchen nach Unterföhung und Verpflegung der Wandernden zu entsprechen; Not und Entbehrung sind dann die Folgen.

Der solchen ungewissen Schicksal entgegen will, der unternimmt keine „Wilde Fahrt“ ins Ausland. Die Verbände der Jugend sind aber auf der anderen Seite in der Lage, den berechtigten Wünschen ihrer Mitglieder nach Kennenlernen fremder Länder und Völker zu entsprechen. Dann wird gut vorbereitet und in Verbindung mit den ausländischen Organisationen die Weise einen solchen Verkauf nehmen, wie sie sowohl dem einzelnen Teilnehmer wie auch dem Ansehen unseres Volkes am dienlichsten ist.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Einbindung der Verbandsgelder. Wir müssen leider immer wieder die Beobachtung machen, daß in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Gelddeträge am Orte zurückgehalten werden. Nach den Bestimmungen des Statuts sind alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jeden Monats, an die Verbandskasse einzuliefern.

Die örtlichen Bevollmächtigten und die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Gelddeträge nicht zurückgehalten, sondern sofort an die Verbandskasse abgeführt werden. Für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen haftbar.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 27. Mai bei der Verbandskasse ein von: Gau Nordosten 260,— M., Rottbus — M., = Halberstadt 172,84 M., = Gau Hannover 272,15 M., = Düsseldorf 160,— M., = Gau 631,— M., Mainz 320,05 M., Wiesbaden 292,65 M., = Gera — M., Nordhausen 43,— M., = Freyberg i. Sa. 55,— M., Glauchau 150 M., Zeitz — M., = Ludwigsburg 30,— M., = Augsburg 110,— M.

Der Verbandsvorstand.